

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Ingbert Liebing, Marie-Luise Dött, Peter Bleser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Mechthild Rawert, Christoph Pries, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 16/12868 –

Delfinschutz voranbringen

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 16/9102 –

Die Gefangenschaft von Delfinen unverzüglich beenden

A. Problem

Zu Buchstabe a

Das Überleben wildlebender Delfine ist gefährdet. Zunehmende Meeresverschmutzung, Unterwasserlärm, Klimawandel sowie Fischfang und gezielte Bejagung bedrohen die Lebensgrundlage der Delfine.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/12868 wird die Bundesregierung aufgefordert,

- sich weiterhin auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktiv gegen die illegale Einfuhr von in freier Wildbahn gefangenen Delfinen einzusetzen und zur Verminderung und Vermeidung dieser Einfuhren entsprechende Kontrollen durchzuführen,
- im Rahmen des Säugetiergutachtens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Haltungsanforderungen von Delfinen anzupassen und regelmäßig zu überarbeiten.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/9102 wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert,

- sich im Rahmen des Internationalen Jahres des Delfins engagiert für den Delfin- und Walschutz einzusetzen, einschließlich der Ausweisung und des Managements von Schutzgebieten sowie der Einführung von rechtsverbindlichen Regelungen in der Fischerei und zur Reduktion von Lärmemissionen im Meer zum Schutz der Delfine und Wale,
- sich öffentlich deutlich gegen die Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft auszusprechen und über die Risiken der Delfintherapie umfassend zu informieren,
- sich auf europäischer und internationaler Ebene aktiv gegen die illegale Einfuhr von in freier Wildbahn gefangenen Delfinen und Walen (Cetacea) einzusetzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 16/12868

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9102 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/12868 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Christoph Pries
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Christoph Pries, Angelika Brunkhorst, Eva Bulling-Schröter und Undine Kurth (Quedlinburg)

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 16/12868** wurde in der 220. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2009 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 16/9102** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/12868 wird die Bundesregierung aufgefordert,

- sich weiterhin auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aktiv gegen die illegale Einfuhr von in freier Wildbahn gefangenen Delfinen einzusetzen und zur Verminderung und Vermeidung dieser Einfuhren entsprechende Kontrollen durchzuführen,
- im Rahmen des Säugetiergutachtens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Haltungsanforderungen von Delfinen anzupassen und regelmäßig zu überarbeiten.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/9102 wird die Bundesregierung insbesondere aufgefordert,

- sich im Rahmen des Internationalen Jahres des Delfins engagiert für den Delfin- und Walschutz einzusetzen, einschließlich der Ausweisung und des Managements von Schutzgebieten sowie der Einführung von rechtsverbindlichen Regelungen in der Fischerei und zur Reduktion von Lärmemissionen im Meer zum Schutz der Delfine und Wale,
- sich öffentlich deutlich gegen die Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft auszusprechen und über die Risiken der Delfintherapie umfassend zu informieren,
- sich auf europäischer und internationaler Ebene aktiv gegen die illegale Einfuhr von in freier Wildbahn gefangenen Delfinen und Walen (Cetacea) einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/12868 anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 16/12868 in seiner 90. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 16/9102 in seiner 90. Sitzung am 13. Mai 2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, dass Delfinschutz ein wichtiges Thema sei. Bereits vor zwei Jahren hätten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit einer eigenen Initiative im Bereich des Walschutzes auch auf den Delfinschutz hingewiesen. Dieser sei deshalb so notwendig, weil die Delfine wegen ihrer eher geringen Fortpflanzungsrate einerseits und des vom Menschen verübten Beifangs andererseits in ihrer Erhaltung gefährdet seien. Ziel müsse es sein, die Meeressäuger in der freien Wildbahn stärker zu schützen. Deutschland sei auch an zahlreiche Konventionen gebunden, beispielsweise an das ASCOBANS-Abkommen, in dem der internationale Handel mit Delfinen für kommerzielle Zwe-

cke verboten sei. Fraglich sei darüber hinaus, ob ein generelles Haltungsverbot für Delfine in Deutschland durchgesetzt werden müsse. Dies habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar nicht ausdrücklich beantragt, jedoch sei eine Zielsetzung in diese Richtung erkennbar. Diese Auffassung teile die Fraktion der CDU/CSU nicht. Die vorhandenen gesetzlichen Regelungen hierzu seien ausreichend. Eine tier- und artenschutzrechtliche Haltung zu Gunsten von Wissenschaft und Forschung müsse möglich sein, wengleich die Entnahme der Tiere aus freier Wildbahn ausschließlich zu kommerziellen Zwecken nicht erfolgen solle. Hinsichtlich der Beiziehung der Tiere zu Delfintherapien sei Vorsicht geboten. Ein Verbot von Delfintherapien sei nicht erforderlich, solange es dafür keine Gründe gebe. Die stetige Haltungsüberprüfung und die Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten lasse unstreitig erkennen, dass die Fraktion der CDU/CSU den Schutz in freier Wildbahn unterstütze.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, zur Frage der Notwendigkeit des Schutzes von Delfinen und Walen bestehe grundsätzlich Einigkeit. In diesem Zusammenhang verwies die Fraktion der SPD auf die Plenardebatte vom 19. Januar 2006 und den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/38, den Schutz der Wale sicherzustellen. Mit diesem werde die Bundesregierung aufgefordert, sich neben der Einrichtung weiterer Schutzgebiete für Wale und Delfine auch für konkrete Maßnahmen zum Schutz aller Walarten, beispielsweise gegen Verschmutzung, Walfang und Lärm, einzusetzen. Diesen Gesetzentwurf hätte man am 10. Mai 2007 einstimmig angenommen. Leider sei ein gemeinsamer Antrag, der nach der Sitzung des Ausschusses am 16. Dezember 2008 angestrebt worden sei, nicht zustande gekommen. Nun lägen zwei Anträge zum Delfinschutz vor. Mit dem Antrag der Fraktion der SPD werde die Forderung erhoben, im Rahmen des Säugetiergutachtens Haltungsanforderungen für Delfine anzupassen und regelmäßig zu überarbeiten. Es gelte, sich für die Bekämpfung bestehender Gesetzeslücken im Zusammenhang mit dem illegalen Handel mit oder bei der illegalen Einfuhr von Delfinen auf allen Ebenen intensiv einzusetzen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies die Fraktion der SPD auf die bereits geltenden strengen Schutzvorschriften für Delfine auf europäischer und internationaler Ebene. Zusätzlich berief sie sich auf die Anstrengungen der Bundesregierung bei der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten in der ausschließlichen Wirtschaftszone und bei der Bekämpfung von negativen anthropogenen Einflüssen wie Walfang oder Lärm. Die derzeit geltenden Bestimmungen seien ausreichend.

Die **Fraktion der FDP** maß dem Delfinschutz eine hohe Bedeutung zu. Der Deutsche Bundestag habe in der aktuellen Legislaturperiode bereits im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Schutz der Wale sicherstellen“ einstimmig beschlossen (vgl. Drucksache 16/4843 in der Fassung der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5284), dass sich die Bundesregierung für die Einrichtung weiterer Schutzgebiete für Wale und Delfine sowie für konkrete Maßnahmen zum verbesserten Schutz aller Walarten einsetzen möge. Die Fraktion der FDP erklärte, sie unterstütze die Forderung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, im Rahmen des Säugetiergutachtens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Anforderungen

an die Haltung von Delfinen anzupassen und regelmäßig zu überarbeiten. Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehe sie jedoch kritisch gegenüber. Richtig sei, dass aktiv gegen die illegale Einfuhr der Delfine vorgegangen werden müsse. Dies sei selbstverständlich Aufgabe der Bundesregierung und liege im Interesse des Tierschutzes. Hinsichtlich Delfintherapien sei sie skeptisch. Sowohl die Unterstützung als auch die Warnung vor welcher Therapieform auch immer sei aus Sicht der Fraktion der FDP nicht Aufgabe der Bundesregierung. Ob die Delfintherapie in die Leistungspflicht der Krankenversicherung aufgenommen werde, entscheide weder die Bundesregierung noch das Parlament. Solche Therapieformen, die ohne eine Entnahme wild lebender Tiere auskommen, seien aus Sicht des Artenschutzes selbstverständlich vorzugswürdig. Mit dem ASCOBANS-Abkommen sei ein Artenschutzabkommen vorhanden, welches den Schutz verschiedener Walarten in hohem Maß gewährleiste. Innerhalb der Fraktion der FDP sei man überzeugt, Forschungseinrichtungen und auch zoologische Gärten würden sich bei der Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten artgerecht und im Sinne des Tierschutzes verhalten. Die Forschung dürfe nicht eingeeengt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstützte das Anliegen des Delfinschutzes. Sie bestritt, dass die bestehenden Gesetze ausreichend seien. Die Fraktion DIE LINKE. führte an, dass in Nürnberg auch ein Delfinarium neu gebaut werden solle, wobei auf die Auswirkungen hingewiesen werden müsse. Dort würden Delfine sterben. Teilnehmer von Bürgerinitiativen und Mitglieder der Tierschutzverbände protestierten dagegen. Delfinsterben sei ein großes Problem. Tiere dürften nicht in Gefangenschaft gehalten werden. Um zu erkennen, dass Delfine in Gefangenschaft lebten und dann dort sterben würden, bedürfe es keiner Forschungseinrichtung. Diese Tatsache liege auf der Hand. Der Delfintherapie stand die Fraktion DIE LINKE. kritisch gegenüber. Diskussionen mit Medizinern und Mitarbeitern von Forschungseinrichtungen hätten ergeben, dass die Delfintherapie nicht halte, was den Eltern versprochen werde. Den Menschen würde erzählt, ihre Kinder könnten durch die kostspielige Delfintherapie geheilt werden. Der Fokus solle auf Tiertherapien mit nicht in freier Wildbahn gefangenen Tieren gelegt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte, dass angesichts der Gefährdung des Bestandes der Delfine Konsens hinsichtlich des Handlungsbedarfes bestehe. Für die Bedrohung der Delfinpopulation sei insbesondere der Wildfang verantwortlich. Hierbei würden ganze Herden in Buchten getrieben, um besondere Exemplare für den Einsatz in Delfinarien auszuwählen. Für ein ausgewähltes Tier müssten mindestens 30 bis 50 andere sterben. Dieses Vorgehen müsse konsequent bekämpft werden. Auch gegen die weiteren Ursachen, die den Bestand gefährdeten, beispielsweise Beifangregelungen und Meeresverschmutzung, müsse vorgegangen werden.

Ihr Antrag ziele hauptsächlich gegen die Haltung von Delfinen in Gefangenschaft. Die Universität Kiel und der Wissenschaftliche Beirat des Meereskundlichen Museums in Stralsund, die sich mit Meerestieren und deren Haltungsbedingungen beschäftigten, seien zu dem Ergebnis gekommen, dass Meeressäugetiere in Gefangenschaft nicht artgerecht gehalten werden könnten. Dies sei aus Artenschutzgründen unmöglich. Ausnahmsweise könnten diese Artenschutzregelungen umgangen

werden. Die Ingefangenschaftnahme der Delfine solle dann möglich sein, um deren Bestand zu erhalten, zur Beobachtung und besserem Verständnis der Tiere sowie zur Erlangung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Jedoch würden Bestandserhaltungsprogramme bei Delfinen nicht funktionieren, da sich diese innerhalb der Gefangenschaft nicht nachzuchten ließen. Die Bestandserhaltung und -vergrößerung könne nur durch Nachstellung und Zukauf realisiert werden. Bei der Haltung der Delfine zu Forschungszwecken würden oftmals Forschungsgründe vorgeschoben, um Delfintherapiezentren errichten und betreiben zu können. Dabei liege bisher kein wissenschaftlich fundiertes Ergebnis zu der Frage vor, ob die Therapie tatsächlich zielführend sei. Die Therapie würde auch bundesweit nicht von den Krankenkassen anerkannt und bezahlt. Ungeachtet der Tatsache, ob Delfintherapien erfolgversprechend seien oder nicht, werde von Fachkreisen darauf hingewiesen, dass Tiertherapien mit Hilfe von domestizierten Tieren und nicht mit Wildtieren durchgeführt werden sollten. Ihr Antrag richte sich weder gegen Forschung noch gegen Therapie, sondern diene allein dem Ziel des Artenschutzes.

Die **Bundesregierung** erklärte, die Erhaltung der Delfine in freier Wildbahn sei Ziel der Bundesregierung. Eine Entnahme bzw. Einfuhr werde nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen. Das Thema solle auch in der sogenannten Enforcementgroup zur Verordnung (EG) Nr. 338/97 noch einmal angesprochen werden. Zudem solle die Einleitung eines Compliance-Verfahrens ermöglicht werden.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss einstimmig, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/12868 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/9102 abzulehnen.

Berlin, den 13. Mai 2009

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Christoph Pries
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

